

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Dehnel, Günter Nooke, Michael Stübgen, Ulrich Adam, Manfred Kolbe, Günter Baumann, Georg Janovsky, Klaus Brähmig, Hartmut Büttner (Schönebeck), Manfred Grund, Gottfried Haschke (Großhenndorf), Manfred Heise, Ulrich Klinkert, Dr. Paul Krüger, Dr. Michael Luther, Norbert Otto (Erfurt), Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU

Uranerzbergbau-Schäden beseitigen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Uranerzbergbau der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) bzw. Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut beanspruchte in der damaligen DDR weite Teile Sachsens und Thüringens. Für die Sanierung der Hinterlassenschaften dieser bergbaulichen Tätigkeit ist heute weitgehend die Wismut GmbH zuständig. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben stellt der Bund bereits ein Finanzvolumen von insgesamt 13 Mrd. DM zur Verfügung.

Die SDAG Wismut wurde 1991 in eine GmbH umgewandelt. Die Grenzen der Sanierungsverantwortung der Wismut GmbH ergeben sich im Wesentlichen aus dem Wismutgesetz 1991 und einem Abkommen zwischen der ehemaligen DDR und der ehemaligen UdSSR von 1962. Die eigentliche Sanierungsverpflichtung ist in den einschlägigen Gesetzen, insbesondere im Berg-, Wasser- und Strahlenschutzrecht begründet.

Weite Teile des Wismutbergbaus wurden jedoch bereits vor dem 31. Dezember 1962 eingestellt und fallen somit heute nicht mehr in die Sanierungsverantwortung der Wismut GmbH. Besonders betroffen ist dabei die Region um Johanngeorgenstadt, die auch Gegenstand des Bund-Länder-Modellvorhabens der Raumordnung Sanierungs- und Entwicklungsgebiet Uranbergbau (SDAG Uranbergbau) ist. Der von der SAG und SDAG Wismut betriebene Uranbergbau hat in den betroffenen Regionen Hunderte von Halden, mehrere industrielle Absetzanlagen, Aufbereitungsanlagen und weitere mit Altlasten kontaminierte Flächen hinterlassen. Landschaftliche und städtebauliche Schäden kommen hinzu. Weiterhin ist eine erhebliche Anzahl von Gefahrenstellen im Altbergbau zu nennen. Allein in Sachsen sind ca. 1 900 bekannt.

Heute werden solche kontaminierten Flächen zum großen Teil von der bundeseigenen Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (BVVG) treuhänderisch verwaltet.

Da diese Altlastenflächen für eine geordnete Entwicklung benötigt werden, ist eine Sanierung dringend erforderlich. Immer mehr ortsansässige Firmen verlassen die Regionen. Neuansiedlungen kommen aufgrund der Strukturen und Altlastenproblematik nur schwer zustande. Dies wirkt sich mit allen negativen Folgen auf die betroffenen Kommunen – insbesondere deren Haushalte – aus. Diese Situation stellt für die betroffenen Regionen in Sachsen und Thüringen eine gravierende Benachteiligung und Ungleichbehandlung dar. Hierzu hat sich die Bundesregierung, Staatsminister Rolf Schwanitz, bereits mehrfach öffentlich geäußert, ohne aber dass eine Lösung zu erkennen ist.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

sich auch am Ausgleich dieser durch den Uranerzbergbau verursachten Entwicklungsnachteile zu beteiligen. Dabei werden folgende Maßnahmen notwendig sein:

- Eine Beseitigung von Bergbauschäden mit Gefahrenabwehr, Wiedernutzbarmachung der vom Bergbau in Anspruch genommenen Bereiche und radiologischer Sanierung zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge.
- Ein bergbaunaher Schadensausgleich und Nachsorgemaßnahmen mit Behebung der mittelbaren Bergbaufolgen, infrastrukturellen Anpassungsmaßnahmen und sonstiger Schadensbehebung.
- Eine berechenbare, geordnete, nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung mit Anpassung der städtebaulichen Strukturen an die veränderten Rahmenbedingungen und Schaffung der Voraussetzung für eine gesicherte Tourismus- und Gewerbeentwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region.

Berlin, den 16. Mai 2000

Wolfgang Dehnel
Günter Nooke
Michael Stübgen
Ulrich Adam
Manfred Kolbe
Günter Baumann
Georg Janovsky
Klaus Brähmig
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Manfred Grund
Gottfried Haschke (Großhenndorf)
Manfred Heise
Ulrich Klinkert
Dr. Paul Krüger
Dr. Michael Luther
Norbert Otto (Erfurt)
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Arnold Vaatz
Friedrich Merz, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU